

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 9 · 20. Juni 2005 · www.cdu-csu-ep.de



EVP für Ratifizierungspause

Die EVP-Partei- und Regierungschefs haben bei einem Treffen im Brüsseler Vorort Meise über die Finanzen der Europäischen Union und die Zukunft der Europäischen Verfassung beraten. Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion Hans-Gert Pöttering erklärte im Anschluss an die Beratungen, eine Pause im Ratifizierungsprozess der EU-Verfassung sei sinnvoll und müsse zur weiteren Information der Bevölkerung genutzt werden.

Inhalt

Elmar Brok:
Was nun, Europa?
Seite 2

Ingo Schmitt:
Gegen Sonderabgabe
im Luftverkehr
Seite 4

Renate Sommer/
Werner Langen:
EU – Türkei
Seite 5

ELMAR BROK:

Was nun, Europa?

DIE EU NACH DEN VERFASSUNGSREFERENDEN IN FRANKREICH
UND DEN NIEDERLANDEN

In Frankreich und in den Niederlanden hat der Souverän gesprochen. Beide Länder haben in den Verfassungsreferenden mit „Nein“ gestimmt – aus oft widersprüchlichen Gründen. Einige beklagten, dass Europa zu wenige Probleme gelöst und dabei zu vieles zu schnell gemacht habe. Viele wollten ihrer Regierung Misstrauen ausdrücken und haben ihr einen Denkkzettel verpasst.

Die wenigsten der Gründe hatten etwas mit der Verfassung zu tun. Im Gegenteil: Die Verfassung erst soll ja die Politik auf EU-Ebene deutlich besser und bürgernäher machen. Sie soll gerade die kritisierten Punkte angehen: Ohne den Verfassungsvertrag gäbe es keine Stärkung der Bürgerrechte, keine rechtlich bindende Wertebindung durch die Charta der Grundrechte, keine Stärkung der demokratischen Legitimation und der Subsidiarität – auch durch die Stärkung der nationalen Parlamente –, keine Transparenz z.B. durch Öffentlichkeit des Rates bei Gesetzgebungsentscheidungen, keine ausreichende Effizienz für die EU der 25, keine Stärkung unserer Rolle in der Welt sowie keine Bindung an Preisstabilität und die Soziale Marktwirtschaft.



Elmar Brok MdEP

Es wäre daher eine fatale Fehleinschätzung, würde man nun einfach mit dem Vertrag von Nizza weiterleben wollen. Denn dieses Ungetüm an Regelwerk führt gerade zu jener Politik, die den Unmut gegenüber der politischen Klasse nur verstärkt. Eingarendgültiger Abbruch der Ratifikationen wäre nicht nur gegen den Wortlaut

der Verfassung, er würde auch den 11 Ländern – 53 % der EU-Bevölkerung! – nicht gerecht, die bereits nach intensiven Debatten und teils mit Volksabstimmung mit „Ja“ gestimmt haben.

Tatsächlich gibt es keine echten Alternativen zur Verfassung. Nur einen Teil des Vertragswerkes umzusetzen ist kaum möglich, da es nur als Paket die Zustimmung fand. Jeder Teil den man weglassen wollte, würde einen Kritiker hervorbringen, der nur wegen dieses Teiles andere Teile akzeptiert hatte. Auch ein Kerneuropa ohne Frankreich und die Niederlande wäre wohl kaum denkbar oder praktikabel. Ein einfaches Wiederholen der Abstimmungen bis das gewünschte Ergebnis herauskommt wäre hingegen Beweis genau jener Arroganz, die die Bürger der Politik unterstellen. Will man also die

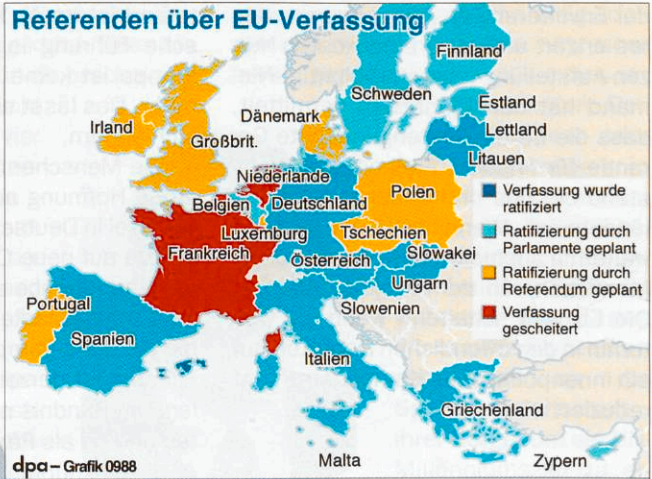
Verfassung als Ganzes umsetzen und wirken lassen, so müssen die Staats- und Regierungschefs einen Weg finden, auf die Nein-Sager zuzugehen.

Um die Herzen der Völker zurück zu gewinnen brauchen wir Zeit – zur Konsolidierung und Mäßigung und um den Dialog mit den Bürgern zu suchen. Daher sollte der Ratifikationsprozess befristet ausgesetzt werden. Die Menschen brauchen Zeit, sich mit den wahren Inhalten der Verfassung und den Problemen der Alternativen vertraut zu machen. Die Chance zu einem echten Dialog ist gerade jetzt gegeben. Denn eines hat die Verfassung Europa jetzt schon gebracht: eine engagierte, EU-weite Diskussion auf allen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Schichten.

Aufnahmefähigkeit der EU berücksichtigen

Die politische Elite muss die nächsten zwölf Monate nutzen. Die EU muss den Nachweis erbringen, dass sie nur Gesetze, die den Dreifachtest der Subsidiarität, der niedrigen Kosten und der Wettbewerbsfähigkeit bestehen, beschließt. Auch müssen die Aufnahmefähigkeit der Union berücksichtigt und das Ende scheinbar unaufhaltsamer

Referenden über EU-Verfassung



Erweiterungen eingeläutet werden. Die Rolle Europas in der Welt muss deutlich gemacht werden. Denn den Fragen von Krieg und Frieden und unseren politischen und ökonomischen Interessen können wir nur mit geeinter Kraft begegnen. Europa ist nicht ein Teil des Problems der Globalisierung, sondern ein Teil der Lösung. Dieser Reflexionsprozess sollte bis Juni 2006 abgeschlossen sein. Dann ist zu überlegen, ob ein Konvent einberufen werden sollte, um die Ergebnisse dieser Reflektion – nicht die Verfassung – zu prüfen.

Europa muss jetzt also den Blick nach vorne richten. Ein Befreiungsschlag ist nötig. Die Verbesserungen der Verfassung müssen letztlich kommen – aber sie müssen auch endlich gründlich erklärt werden. Ebenso wichtig, wie die konkreten Inhalte zu erläutern, ist die allgemeine Stimmung zu Europa zu verbessern. Hier liegt ein schweres Versäumnis der politischen Elite und der Wirtschaft vor. Niemand hat den Menschen den wahren Nutzen

der Erweiterung des vergangenen Jahres erklärt und etwa eine Kosten-Nutzen-Aufstellung veröffentlicht. Niemand hat den Menschen vermittelt, dass die EU die kostengünstigste Garantie für Frieden, Freiheit und Wohlstand bei uns und unseren Nachbarländern ist. Wenn diese Vermittlung weiterhin ausbleibt, entfernen sich die Menschen von dem Projekt. Klar ist: Die EU wird scheitern, wenn sie weiterhin in den öffentlichen Debatten auf ein innenpolitisches Kampfinstrument reduziert wird.

Europa muss wieder Herzessache werden

Dabei hält die Politik auch selbst die Instrumente der Problemlösung in der Hand. Anders als zu Zeiten von Adenauer und Schuman oder Kohl und Mit-

terand ist heute keinerlei charismatische Führung in der EU erkennbar. Europa ist keine Sache des Herzens mehr. Das lässt sich ändern. Es muss sich ändern.

Die Menschen in Europa verbinden große Hoffnung auf einen Regierungswechsel in Deutschland, sie warten geradezu auf neue Orientierung. Dies ist die klare Chance einer künftigen Kanzlerin Angela Merkel, eine klare Führung, die die Ziele Europas vermittelt. Diese Führung ist derzeit verwaist. Deutschland im Bündnis mit den kleinen Staaten und so als Partner Frankreichs wäre die Anknüpfung an die Politik Adenauers, Schmidts und Kohls und schaffte neues Vertrauen.

Elmar Brok (CDU Nordrhein-Westfalen) ist Vorsitzender des Außenausschusses des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der EVP-ED im Verfassungskonvent.

INGO SCHMITT:

Ticketabgabe benachteiligt Luftverkehrsstandort Deutschland

SONDERABGABE IM LUFTVERKEHR IST FALSCHER WEG
UM EU-ENTWICKLUNGS-AUSGABEN ZU FINANZIEREN

Eine verstärkte Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern duldet keinen Aufschub mehr, will man das fortschreitende Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich verhindern. Aus diesem Grund darf – auch in Zeiten leerer Staatskassen – das im September 2000 in New York vereinbarte UN-Mil-

lenniumsziel nicht aus den Augen verloren werden: Bis 2015 wollen die Industriestaaten ihre Entwicklungsausgaben auf 0,7 % des BIP steigern. Bei ihrem letzten Treffen vereinbarten die EU-Finanzminister für 2010 ein neues Zwischenziel von 0,56 %, was einer Steigerung um 0,2 Prozentpunkte ent-

sprache. Wie so oft folgen den Versprechungen so lange keine Taten bis hektisch nach willkürlich erscheinenden Lösungen gesucht werden muss. Nur vier der 25 EU-Mitgliedstaaten sind im Fahrplan – die deutsche Bundesregierung gehört nicht dazu. Um Deutschland beim nächsten Gipfel der Vereinten Nationen eine Blamage zu ersparen, brachte Bundesfinanzminister Eichel Anfang des Jahres zur Finanzierung der steigenden Entwicklungsausgaben eine Benzinststeuer ins Spiel. Da dieser überaus wettbewerbsschädliche Vorschlag unter den EU-Finanzministern nicht mehrheitsfähig war, wird nun eine Sonderabgabe auf Flugtickets erwogen. Im Gespräch sind Beträge zwischen 1 und 10 Euro pro Flugticket.

Die Regierenden waren schon immer besonders kreativ, was die Entschließung von neuen Finanzquellen und der dann folgenden anderweitigen Verwendung anging. Bereits Kaiser Wilhelm II. führte 1902 zum Ausbau der deutschen Flotte eine Sektsteuer ein. Die Sektsteuer zahlen wir immer noch, obwohl das letzte Schiff dieser Flotte schon lange gesunken ist. In diesem Fall soll mit der Abgabe auf Flugtickets vor allem ein geplantes Impfprogramm bezahlt werden, um die Kindersterblichkeit in Entwicklungsländern zu senken. Ein hehrer Zweck: „Fliegen für Kinder“. Uneinigkeit besteht im Ministerrat darüber, ob die Ab-

gabe obligatorisch oder freiwillig erfolgen soll, wobei die Tendenz zu einer freiwilligen Abgabe geht. Wäre dies der

Fall, so könnten Reisende, Fluglinien oder auch Regierungen in Zukunft entscheiden, ob sie die Gebühr bezahlen bzw. erheben. Ein Armutszeugnis im wahrsten Sinne des Wortes: die EU-Staaten appellieren an die Spendenbereitschaft ihrer Bürger um ein UN-Millenniumsziel zu erreichen. Weil den EU-

Regierungen momentan die politische Kraft zur Umschichtung ihrer Etats fehlt, werden die Bürger und Unternehmen zur Kasse gebeten. Ein solches Vorhaben käme einem staatlich verordneten Spendenauftrag gleich.



Ingo Schmitt MdEP

Armutszeugnis für Regierungen

Zudem würde eine solche Sonderabgabe – ob obligatorisch oder freiwillig – zu nicht unerheblichen Wettbewerbsverzerrungen führen. Eine obligatorische Abgabe bedeutet einen Wettbewerbsnachteil gegenüber der Konkurrenz aus Asien und Amerika und eine freiwillige Abgabe gefährdet darüber hinaus den Luftverkehrsstandort Deutschland im europäischen Vergleich.

Ingo Schmitt (CDU Berlin) ist Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr des Europäischen Parlaments.

RENATE SOMMER UND WERNER LANGEN:

Türkei und die EU: 3. Oktober falsches Signal

Am 13./14.06. 2005 hat in Istanbul die 54. Sitzung des Gemeinsamen Parlamentarischen Ausschusses EU-Türkei stattgefunden. Abgeordnete des Europäischen Parlaments trafen



R. Sommer MdEP



W. Langen MdEP

sich mit ihren Kollegen aus Ankara im Vorfeld der angekündigten Aufnahmen von Beitrittsverhandlungen im Oktober. Die negativen Volksentscheide in Frankreich und in den Niederlanden hatten die Gespräche schon im Vorfeld überschattet, wobei sich die türkische Seite standhaft weigerte, einen Zusammenhang zwischen den Abstimmungsergebnissen der Referenden und dem Beginn der Beitrittsverhandlungen zu sehen.

Einen guten Eindruck hinterließ die neue, für Frauenfragen zuständige Ministerin Nimet Cubukcu. In der Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation der Frauen in der Türkei durch die angegangenen Reformen steigt. Die Umsetzung in die Lebenswirklichkeit der Menschen allerdings fehlt völlig, da das Zeitfenster für eine wirkliche Änderung der patriarchalischen Traditionen und der grundsätzlichen Mentalität zu kurz ist, so die stellvertretende Vorsitzende des EU-Türkei Delegation und CDU-Abgeordnete für das Ruhrgebiet, Renate Sommer: „Die

Türkei kann insbesondere für die Frauen die Menschenrechte nicht garantieren. Auch ist es bis heute so, dass die kurdische Bevölkerung nahezu völlig ausgeschlossen bleibt

vom EU-Prozess. Die Lösung des Kurdenproblems aber nimmt eine Schlüsselposition in der türkischen Frage ein.“

Damit bleibt der Beginn von Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober weiterhin ein falsches Signal: Mehrere NGOs hatten bestätigt, dass nach dem Gipfel vom 17. Dezember die Menschenrechtssituation in der Türkei nicht nur stagniert, sondern sich sogar verschlechtert hat. „Die durchaus positiven Reformen vor allem in der Strafgesetzgebung wären ohne den Druck aus Brüssel niemals zustande gekommen“, so Sommer. „Falls nun trotzdem im Oktober die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beginnen sollten – das unter Ignoranz der Tatsache, dass die Kopenhagener Kriterien nicht in einem einzigen Punkt erfüllt sind – so muss das Verhandlungsziel offen bleiben und auch die Option einer privilegierten Partnerschaft umfassen“, erklärten die CDU-Europaabgeordneten Renate Sommer und Werner Langen am Rande des Delegationstreffens.

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ **Warnung vor Orientierungslosigkeit der Europäischen Union**

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), hat vor der Gefahr einer Orientierungslosigkeit der Europäischen Union nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden gewarnt. „Die Europäische Union kann nicht alle Aufgaben, die vor uns liegen, lösen, aber ohne die EU können wir keine dieser großen Aufgaben lösen“, sagte Pöttering. Das Ziel der europäischen Einigung sei richtig, auch wenn der Weg nicht unumstritten sei.

Pöttering betonte, Frankreich und die Niederlande könnten nicht für alle anderen Länder in der Europäischen Union entscheiden. Allerdings müsste jetzt politische Klarheit darüber gewonnen werden, welches die weiteren Schritte auf dem Weg der Ratifizierung sein sollten. Wahrscheinlich sei es richtig, während einer Phase des Nachdenkens über Auswege aus der Krise weitere Referenden beziehungsweise die Ratifizierung für eine begrenzte Zeit auszusetzen. Neben der Unbeliebtheit von Regierungen, einem negativen Gefühl gegenüber „Brüssel“ im Allgemeinen, sei es vor allem die Fortführung des Erweiterungsprozesses der Europäischen Union und die Sorge vor einer politischen, geographischen und kulturellen Überdehnung der Europäischen Union, die für die negativen Stimmen verantwortlich seien. Den Menschen

gehe vieles einfach zu schnell. „Hieraus müssen wir die Konsequenzen ziehen“, erklärte Pöttering. Erstens müsse sich die Europäische Union auf das Wesentliche konzentrieren, das Subsidiaritätsprinzip verstärkt anwenden und nur dort Initiative ergreifen, wo die einzelnen Mitgliedstaaten nicht effizient handeln können. Zum anderen müsse mit der Erweiterung besonnen umgegangen werden.

■ **Entwicklung des ländlichen Raumes**

Das Europäische Parlament hat sich Mitte Juni für die Errichtung eines gemeinsamen Fonds für die Entwicklung der ländlichen Gebiete ausgesprochen. „Politik für den ländlichen Raum ist Politik für alle Menschen. Gerade unsere heutige Gesellschaft braucht einen lebenswerten und lebendigen ländlichen Raum“, sagte die zuständige Berichterstatterin **Agnes Schierhuber** (Österreich). Sie zeigte sich erfreut, dass es gelungen sei, einen länder- und fraktionsübergreifenden Kompromiss zu finden, der die wichtigsten Anliegen der europäischen Land- und Forstwirtschaft und des gesamten ländlichen Raumes beinhalte. „Ich freue mich auch, dass sich EU-Kommissarin Fischer-Boel in der Plenardebatte offen und kompromissbereit für die Forderungen des EP gezeitigt hat“.

Das Ergebnis sei für die Landwirtschaft positiv, so Schierhuber. Dies komme vor allem in der Einigung über

die Mindestdotierung der Mittel in den drei Förderachsen des Programms zum Ausdruck: So sollen 10 Prozent für den Bereich Wettbewerbsfähigkeit, 20 Prozent für die Verbesserung der Umwelt und des ländlichen Raums sowie 8 Prozent für die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft gebunden werden. Für die sogenannten „LEADER“-Förderprogramme fordert das Parlament zwar eine Mindestdotierung von 7 Prozent, streicht dafür aber die von der Kommission vorgesehene Leader-Reserve. Auch die von der Kommission vorgeschlagene Integration des Programms „Natura 2000“ in die ländliche Entwicklung kann Schierhuber grundsätzlich akzeptieren: „Dafür wird aber eine Aufstockung der geplanten Finanzmittel notwendig sein. Aus den bestehenden Mitteln der ländlichen Entwicklung werden wir das nicht bezahlen können“. Schierhuber betonte, wichtig sei vor allem die Planungssicherheit für die Landwirte.

■ **Treffen der EVP-ED-Fraktion in Bukarest**

Die EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament hat Anfang Juni ein Treffen in der rumänischen Hauptstadt Bukarest veranstaltet. Unter dem Vorsitz von **Hans-Gert Pöttering** (CDU) trafen sich Mitglieder der EVP-ED-Fraktion mit Vertretern der rumänischen Schwestern-

parteien DAHR und PPCD. Die Abordnung der EVP-ED-Fraktion führte auch Gespräche mit Mitgliedern der Regierungskoalition in Rumänien, Vertretern der EU-Kommission in Bukarest und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen in Rumänien. Thema der Gespräche war unter anderem die Erweiterung der Europäischen Union.

■ **Seminar über Menschenrechtssituation auf Kuba**

Die Menschenrechtssituation auf Kuba stand im Mittelpunkt eines eintägigen Seminars, das die EVP-ED-Fraktion gemeinsam mit den Liberalen im Europäischen Parlament und dem internationalen Komitee für Demokratie auf Kuba Anfang Juni organisierte. Vor wenigen Wochen hatten die Ausweisung eines Bundestagsabgeordneten und zweier Mitglieder der EVP-ED-Fraktion aus Kuba für Schlagzeilen gesorgt.

Der irische Europaabgeordnete **Simon Coveney** ist unterdessen zum Koordinator für Menschenrechtsfragen der EVP-ED-Fraktion ernannt worden. Coveney hat als Berichterstatter im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments den Jahresbericht 2004 über die Situation der Menschenrechte in der Welt vorgelegt.

*Lasse Böhm, EVP-ED-Pressestelle
lboehm@europarl.eu.int.*

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-8 02-0. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.